

# Forum Schulpolitik in Bayern

# PRESSEDIENST

München, den 2. Juni 1992

## BILDUNG NICHT DEM ROTSTIFT OPFERN

### "Forum Schulpolitik in Bayern" und Parlamentarier im Gespräch

MÜNCHEN - "Eine weitere Verschlechterung der Unterrichtssituation an den bayerischen Schulen geht zu Lasten unserer Kinder und langfristig unserer Gesellschaft. Ein hohes Ausbildungsniveau der nachwachsenden Generation ist notwendige Voraussetzung für die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Bayern. Ebenso erfordern die veränderten Lebensbedingungen unserer Kinder zusätzliche Investitionen in unser Bildungssystem." Diese Feststellung traf der Sprecher des "Forum Schulpolitik in Bayern" und Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), Albin Dannhäuser, bei einem Meinungsaustausch mit Vertretern der vier Landtagsfraktionen zum Problem der sich verschlechternden Unterrichtssituation als Folge des Schülerzuwachses.

Im "Forum Schulpolitik in Bayern" arbeiten 15 Organisationen zusammen, die sich zum Ziel gesetzt haben, Bildungspolitik wieder zu einem Schwerpunkt der bayerischen Landespolitik zu machen. Neben dem Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sind alle bayerischen Elternverbände und andere Organisationen wie z.B. der Deutsche Kinderschutzbund, der Arbeitskreis Grundschule, die Aktion Humane Schule vertreten.

Josef Wittmann von der Landeselternvereinigung der Gymnasien brachte den Unmut der Eltern zum Ausdruck. Die Eltern fühlten sich vom Kultusministerium und den Politikern im Stich gelassen.

Mitarbeitende Organisationen: Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Verband Deutscher Sonderschulen (VDS), Gesamtverband Evangelischer Erzieher in Bayern (GVVE), Gemeinschaft Evangelischer Erzieher (GEE), Landeselternvereinigung der Gymnasien in Bayern, Landeselternschaft der Bayerischen Realschulen (LES-BR), Bayerischer Elternverband (BEV), Freie Evangelische Elternvereinigung (FEE), Landesarbeitsgemeinschaft Waldorfschulen, Montessori Landesverband Bayern, Deutscher Kinderschutzbund-Landesverband Bayern, Aktion Humane Schule, Arbeitskreis Grundschule-Der Grundschulverband, Arbeitskreis Hauptschule

*Herausgeber: Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e.V.  
Bavariaring 37, 8000 München 2, Telefon (089) 77 80 26  
Koordination: Eleonore Bauer, Pressereferentin*

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Richard Sigel, verwies darauf, daß der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttosozialprodukt seit 1975 um ein Drittel zurückgegangen sei. Der Stellenwert von Bildung in unserer Gesellschaft habe deutlich abgenommen. Sabine Reinelt, Vorsitzende des Kinderschutzbundes in Bayern, appellierte eindringlich an die Politiker, Bildung nicht ausschließlich unter volkswirtschaftlichen Aspekten zu sehen. Schule müsse heute viele Probleme der Familie und der Gesellschaft auffangen. Reinelt wörtlich: "Wir wollen keine Vorteile. Wir wollen nur, daß unsere Kinder in die Lage versetzt werden, ein sinnvolles, verantwortungsbewußtes Leben zu führen. Dazu bedürfen wir der Mithilfe der Schule."

Die Parlamentarier der vier Parteien im Landtag begrüßten, daß das "Forum Schulpolitik in Bayern" ein erster Schritt zur Bündelung der bildungspolitischen Kräfte in Bayern darstelle. Der schul- und jugendpolitische Sprecher der CSU, Karl Freller, versicherte, daß Schul- und Bildungspolitik seit jeher ein Schwerpunkt der bayerischen Landespolitik gewesen seien. Dies werde sich auch in Zukunft nicht ändern. Freller wörtlich: "Zwar wird es kaum zu verhindern sein, daß sich die Unterrichtssituation in den nächsten Jahren verschlechtert. Es darf aber nicht vergessen werden, daß die Klassendurchschnittszahl von 37,2 Schülern im Jahr 1970 auf 22,8 Schüler im Jahr 1990 reduziert wurde." Freller warnte davor, neue Planstellen mit Schulden zu finanzieren. Es wäre unverantwortlich, unseren Kinder einen Schuldenberg zu hinterlassen und damit die wirtschaftliche Stabilität langfristig zu gefährden.

Die bildungspolitische Sprecherin der SPD und Vorsitzende des Kulturpolitischen Ausschusses im Landtag, Karin Radermacher, machte deutlich, daß weder Kultus- noch Finanzminister letztlich

Über die Schaffung der notwendigen Planstellen im Schulbereich entschieden, sondern ausschließlich der Landtag. Die SPD sei fest entschlossen, konstruktiv an der Lösung der anstehenden Probleme in der Bildungspolitik mitzuarbeiten: "Wir sind es unseren Kindern schuldig, optimale Rahmenbedingungen für ihre Bildung und Ausbildung bereitzustellen. Zwar müssen wir sparen, aber Sparen an der Bildung geht zu Lasten der Zukunft."

Karin Hiersemenzel, bildungspolitische Sprecherin der FDP, bezeichnete es als ein zentrales Ziel der Bildungspolitik ihrer Partei, möglichst bald keine Klassen mit mehr als 25 Schüler in Bayern zu haben. Allerdings müsse das dazu nötige Geld in erster Linie durch Umschichtungen im Staatshaushalt und nicht durch Neuverschuldung aufgebracht werden. Helmut Brückner von den GRÜNEN sah im Staatshaushalt durchaus Möglichkeiten der Einsparung. So bezeichnete er es als erstaunlich, daß ohne großes Zögern die CSU 170 Millionen DM für den Bau eines neuen Forschungsreaktors in Garching zur Verfügung stelle, für Bildung aber kein zusätzliches Geld vorhanden sei. Brückner plädierte dafür, über die Schaffung neuer Planstellen hinaus flexible Lösungen ins Auge fassen. So könne er sich vorstellen, durch eine Erweiterung der Teilzeit, die stundenweise Gewinnung pensionierter Lehrkräfte oder durch stärkere Kompetenzverlagerung bei der Klassenbildung an die einzelne Schule eine Entlastung der angespannten Lehrerversorgung zu erreichen.

Forumsprecher Albin Dannhäuser (BLLV) begrüßte abschließend die sachliche Atmosphäre des Meinungs austausches zwischen Parlamentariern und dem "Forum Schulpolitik in Bayern". Er anerkannte, daß alle Parteien die auf die Schule zukommenden Probleme als große politische Herausforderung sähen. Allerdings stellte er auch fest, daß Eltern, Lehrer und Schüler es nicht zuließen, daß Bildung im Verteilungskampf unterginge.